

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.02.2023

Inhalt

EWN

1 Wasserstoff-Pipeline nach Lubmin geplant <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 03.02.2023</i>	3
2 Prima-Klima-Brennstoff <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 03.02.2023</i>	4
3 LNG-Terminal vor Rügen: Gemeinden fordern Millionen-Entscheidungen <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 03.02.2023</i>	5
4 Wirtschaft beklagt digitalen Rückstand <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 03.02.2023</i>	7
5 Zu Fall gebracht: Fakten und Chronik <i>Darmstädter Echo, 03.02.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 03.02.2023 | S. 1

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

ERNEUERBARE ENERGIEN

Wasserstoff-Pipeline nach Lubmin geplant

Röhre soll von Bornholm durch Ostsee führen / Kritik von Umweltverbänden

Wasserstoff - die grüne Energie der Zukunft: MV will bei den Plänen zu Erzeugung und Transport des Energieträgers deutschlandweit in der ersten Liga mitspielen. Im Fokus steht wieder einmal Lubmin mit seiner Pipeline-Infrastruktur. Bis 2027 soll eine 140 Kilometer lange Wasserstoff-Pipeline von Bornholm nach Lubmin entstehen. Projektpartner sind dabei der Gasnetzbetreiber Gascade und die dänischen Unternehmen Copenhagen Infrastructure Partners (CIP) und der Energiekonzern Energinet.

„Wir unterstützen so die Klimaziele für 2030 und stellen sicher, dass Deutschland und Europa sich mit europäisch produziertem Wasserstoff versorgen können“, sagt Gascade-Geschäftsführer Christoph von dem Bussche. Die Pipeline mit dem Namen „H2 Interconnector Bornholm-Lubmin“ wäre neben den vier Nord-Stream-Röhren und der geplanten Pipeline für das LNG-Terminal die sechste Trasse auf dem Grund des Greifswalder Boddens. Umweltverbände sehen den Bau kritisch. „Die Erheblichkeitsgrenze für die Belastung des Greifswalder Boddens war bereits mit dem Bau der Nord-Stream-Pipelines überschritten“, so Bund-Landeschefin Corinna Cwielag.

Den Wasserstoff, der auf Bornholm mit grünem Windstrom erzeugt werden soll, will Gascade in Lubmin in seine Festlandgasleitungen Opal oder Eugal einspeisen, durch die bis vergangenen Sommer Nord-Stream-Gas geflossen ist. Erste Leitungsabschnitte nach Radeland südlich von Berlin will der Netzbetreiber bereits

bis 2025 umgestellt haben. „Die Leitungen sind neu, der Stahl ist grundsätzlich wasserstoffgeeignet“, sagt Projektleiter Lars Flandrich.

Nachgesteuert werden müsse bei den Aggregaten, weil Wasserstoff leichter als Erdgas sei und eine höhere Dichtigkeit der Aggregate erfordere. Dazu gebe es Materialstudien, Gespräche mit dem TÜV. Gascade ist ein Player im Projekt „Flow - making hydrogen happen“, einem Zusammenschluss von Erzeugern, Infrastruktur-Betreibern und industriellen Großnutzern. Bis zu 20 Gigawatt Leistung soll die Einspeisekapazität des 1100 Kilometer langen Wasserstoff-Leitungssystem betragen, das bis 2030 in den Südwesten Deutschlands ausgeweitet werden soll. Allein zehn Gigawatt sollen über die Pipeline von Bornholm nach Lubmin fließen. Abnehmer wären große Industrieunternehmen und Energiefresser wie Zementwerke und Papierfabriken, die ihre Produktion klimaneutral umstellen wollen.

Große Pläne gibt es auch für Lubmin: Dort haben sich vier Investoren auf dem ehemaligen AKW-Gelände Grundstücke für den Bau von Wasserstofffabriken gesichert. Zwei Projekte wollen die Wasserstoffpioniere HH2E sowie Apex/Deutsche Regas umsetzen. Grüner Offshore-Strom, der dort über die Kabeltrassen von 50 Hertz anlandet, soll per Elektrolyse in klimaneutralen Wasserstoff umgewandelt werden. „Die Ostsee ist ein Windenergie-Kraftwerk“, sagt Karsten Plauborg von CIP. Seite 6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 03.02.2023 | S. 6

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

WASSERSTOFF-PIPELINE NACH LUBMIN


Prima-Klima-Brennstoff

Bei aller Euphorie - der Umbau der Energieinfrastruktur wird Opfer kosten. Mit der vielleicht sechsten Pipeline durch den Greifswalder Bodden dürfte die Erheblichkeitsgrenze für das Küstengewässer überschritten sein. Gibt es eine Alternative? Nein. Wasserstoff wird mit dafür sorgen, dass Deutschland ein Industriestandort bleibt, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke.

Die Vision klingt wie ein Märchen: Wasserstoff als klimaneutraler Energieträger soll fossiles Erdgas überflüssig machen. Die Energiewende rumpelt nicht mehr, sondern vollzieht sich in Höchstgeschwindigkeit. Profiteur ist wieder einmal mehr Lubmin. Nord Stream sei dank, kann man denken. Ohne deren Gasinfrastruktur an Land wäre Lubmin noch heute ein idyllisches Seebad mit einem Atomzwischenlager an der Ortsperipherie.

Bei aller Euphorie - der Umbau der Energieinfrastruktur wird Opfer kosten. Mit der vielleicht sechsten Pipe-

line durch den Greifswalder Bodden dürfte die Erheblichkeitsgrenze für das Küstengewässer überschritten sein. Wasserstoff ist zudem im Vergleich zu Erdgas ein ineffizienterer Energieträger. Während Erdgas nur gefördert wird, muss der klimaneutrale Brennstoff per Elektrolyse produziert werden - im Idealfall aus erneuerbaren Energien wie Windstrom. Gibt es eine Alternative? Nein. Wasserstoff wird mit dafür sorgen, dass Deutschland ein Industriestandort bleibt. Zu hoffen bleibt, dass MV nicht nur Transport-Drehkreuz wird, um Betriebe in Süddeutschland zu beliefern, sondern die Wertschöpfung auch hier an der Küste bleibt.

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 03.02.2023 | S. 11

 Auflage: 10.238 | Reichweite: 20.202

 Gerit Herold

ENERGIEPOLITIK

LNG-Terminal vor Rügen: Gemeinden fordern Millionen-Entschädigungen

Anwohner und Vermieter befürchten Umweltschäden und Imageschaden für Tourismus

Die Pläne für den Bau eines zweiten LNG-Terminals, das der Bund vor der Küste Rügens betreiben will, sorgen für Zündstoff auf der Urlaubsinsel. Neben dem störenden Anblick werden Bedenken hinsichtlich der Umweltverträglichkeit und Sicherheit und eines Imageschaden für den Tourismus laut. Als „total unverschämt“ und „beängstigend“ bezeichneten Einwohner und Vermieter bei einer Versammlung in Baabe, dass ihnen „dieses große Ding vor die Nase gesetzt wird“. Es würde Gäste abschrecken. Deshalb erwarten sie von der Kommune, dass sie dagegen vorgehe, so eine Besucherin.

Der Energiekonzern RWE will das Projekt „Ostsee LNG“ im Auftrag des Bundes vor dem nächsten Winter fertigstellen. Neben einer knapp 40 Kilometer langen Pipeline sind ein oder zwei Anlegetower für Schiffe vorgesehen, die etwa fünf Kilometer vor Sellin (Höhe ehemalige Waldhalle) errichtet werden. An den etwa 20 Meter hohen Anlegetowern, die ähnlich wie Offshore-Windkraftanlagen im Boden verankert werden sollen, könnten parallel jeweils zwei LNG-Schiffe entladen werden. In einer internen Runde hatten Vertreter von RWE letzte Woche Bürgermeister und Kurdirektoren von Binz bis Mönchgut informiert.

Das Vorhaben bringt Ulf Dohrmann, CDU-Fraktionsvorsitzender im Binzer Gemeinderat, auf die Palme. „Das ist ein Wahnsinn, dass direkt an Badestränden und dann noch an den meist besuchten von MV, ein solcher Umschlagplatz hinsoll.“ Im Ort würde das Projekt kritisch gesehen, auch wegen möglicher Schiffskollisionen, Sabotageakte oder Ölverschmutzungen. „Das wäre ein Fiasko für die ganze Region“, so der Unternehmer.

In den sozialen Netzwerken wird das Thema ebenfalls diskutiert, auch weil neben dem seit Dezember vor dem Küstenabschnitt Sellin-Baabe-Göhren an-

kernden LNG-Tankerschiff „Seapeak Hispania“ laut Schiffsverfolgungs-App Marinetraffic gerade die LNG-Tanker „Cool Voyager“, „Coral Favia“ und „Coral Fraseri“ vor Binz in der Prorer Wiek liegen und einen Vorgesmack bieten.

„Traurig, wie die Insel, ihre Natur und einmalige Landschaft zerstört wird. Noch trauriger, dass wir als Bürger wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir werden wieder und wieder zum ‚Zaungast‘ degradiert und staunen, was alles möglich ist, wo doch auf allen Kanälen von Natur und Nachhaltigkeit geredet wird“, schreibt User Bibi Carlson auf der OZ-Facebook-Seite. „Und wenn etwas passiert, will wieder keiner die Verantwortung übernehmen, und die einheimische Bevölkerung wird alleingelassen. Wir müssen vom Tourismus leben, bei einem Unfall mit Umweltschäden können wir uns alle ein neues Zuhause suchen“, meint Kathrin Parpat.

Simone Raddatz sieht es gelassen: „Wieso wird die Insel und Natur zerstört? Das machen die Bettenburgen überall, das Schiff liegt im Meer! Vor Rügen liegen im Sommer viele Riesenspötte auf Reede! Da kommt es auf eins mehr auch nicht an.“ Anwohner in der Nähe von Akw oder Windparks müssten auch mit Einschränkungen leben. „Andere wiederum werden weggebagert für die Kohle! Alle wollen Strom und Gas, aber ja nicht da, wo man wohnt.“

Die Planungen zu den Terminals werden nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz genehmigt, das eine sichere Gasversorgung über andere Belange stellt. Deshalb sei die Einflussnahme der Gemeinden gleich null, so Sellins Bürgermeister Reinhard Liedtke. Man müsse die Kirche im Dorf lassen. Schließlich habe man vor Monaten von der Politik Gassicherheit und Gaspreisdeckelung gefordert. Im letzten Sommer sorgten Rügerner Bürgermeister mit einem Positionspapier deutsch-

landweit für Aufsehen, in dem sie die Öffnung von Nord Stream 2 forderten. Mit einem zweiten Brief pochten sie auf Geld für ihre Gemeinden zur Bewältigung der Krise.

„Wir sind für das Projekt, weil wir Gas brauchen“, so Liedtke, der auch Vorsteher des Amtes Mönchgut-Granitz ist. Jetzt ginge es darum, die Auswirkungen für die Region möglichst gering und die Auflagen möglichst hoch zu halten. „Wir fordern Emissionsschutz“, blickt er nach Lubmin. Dort klagten Anwohner über Lärm durch das Regasifizierungsschiff „Neptune“. Dessen Schallpegel ist bei Südwind auch auf Rügen zu hören, sollen Anwohner aus Thiessow und Göhren berichtet haben.

„Ich empfinde es als eine Katastrophe für die gesamte Urlaubsregion. Die Tourismusbranche ist unser Haupterwerbszweig. Es ist unfassbar, wie mit unserer Existenz gespielt wird. Wir hier im Osten der Insel Rügen sind der wahre Verlierer der sogenannten Ener-

gievende der Bundesregierung hin zum LNG“, beklagt Bernd Elgeti, Sprecher der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Göhren. Die tatsächlichen Auswirkungen könne niemand abschätzen. „Wenn so etwas schon vor unserer Küste platziert wird, sollten die Gemeinden auch entsprechend entschädigt werden.“

Sellin, Baabe, Göhren und Mönchgut haben gegenüber dem Bund und dem Land nun Forderungen aufgemacht, so Liedtke. Neben Schallschutz, Gefahrengutachten und 550 000 Euro für elektronische Infotafeln wollen sie Ausgleichsmaßnahmen im Bereich des Landschaftspflegeverbandes Rügen und einen Infrastrukturbeitrag. Es ist von einem zweistelligen Millionenbetrag die Rede. Die Feuerwehren sollen mit Ölsperren ausgestattet werden.

RWE will Anfang Mai mit dem Bau der Pipeline starten. Im Herbst soll sie fertiggestellt sein. Das Bergamt Stralsund bearbeitet das Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung (siehe Infokasten).

Wirtschaft beklagt digitalen Rückstand

Der zu langsame Internetausbau verursacht immer wieder Wut, Ärger und Empörung. Die IHKs haben sich jetzt ihren Frust von der Seele geredet.

Schwerin/Neubrandenburg. Vor wenigen Tagen hatte der für die Digitalisierung zuständige Innenminister Christian Pegel im Landeskabinett noch den Stand zum Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern sichtlich zufrieden und optimistisch vorgestellt – zwei Wochen später aber rechnen die Industrie- und Handelskammern (IHK) mit der mangelhaften Digitalisierung im Land ab.

„Nicht einmal ansatzweise wurden die Forderungen im Hinblick auf die Grundlagen für eine bessere Digitalisierung erfüllt“, kritisierte gestern Klaus Jürgen Strupp, Präsident der Kammer Rostock, stellvertretend für alle drei Kammern im Nordosten. Er bezog sich dabei auf eine aktuelle Umfrage. „Beim Thema Breitband sind wir aus Sicht der meisten befragten Unternehmen allenfalls im Schneckentempo vorangekommen“, so der IHK-Präsident.

„37 Prozent der Unternehmen beklagen, dass die Verfügbarkeit eines schnellen Internets an ihrem Unternehmensstandort nicht dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Das beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen gegenüber Firmen aus anderen (Bundes-)Ländern mit einer besseren Internetverfügbarkeit“, betonte Strupp.

Torsten Haasch, Hauptgeschäftsführer der IHK Neubrandenburg, haute in die gleiche Kerbe. In der Kam-

merregion verfüge nur die Hälfte aller Unternehmen über schnelles Internet. Es gebe noch Tourismusbetriebe, „die sich eine Bandbreite von 2 bis 3 Megabit pro Sekunde mit ihren Gästen teilen müssen“, so der Wirtschaftsvertreter.

Die Ursachen seien laut Haasch vielfältig. Die von den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Seenplatte eingeworbenen Fördermittel für die Ausbaugebiete würden weitgehend den Bedarf decken, wenn diese nicht mehrfach die Planungen hätten anpassen müssen. Dadurch hätten die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen mit der Umsetzung erst verspätet beginnen können. Haasch weiter: „Corona, fehlende Fachkräfte und Baukapazitäten, insbesondere bei Erdarbeiten und den Hausanschlüssen behinderten ebenfalls einen zügigen Ausbau.“

Innenminister Pegel hatte darauf verwiesen, dass MV zumindest seinen Rückstand auf andere Ländern verringert habe. „Mecklenburg-Vorpommern ist Ende 2018 im bundesweiten Breitbandatlas bei gigabitfähigen Internetanschlüssen – also solchen, für die mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde Internetbandbreite gebucht werden können – mit knapp unter 15 Prozent Haushalten, in denen dies verfügbar war, gestartet. Ende 2021 sind gigabitfähige Anschlüsse für etwas über 53 Prozent der Haushalte verfügbar“, so der SPD-Politiker.



📰 Darmstädter Echo | 03.02.2023 | S. 3

📄 Auflage: 34.815 | Reichweite: 134.784

👤 Nele Leubner

Zu Fall gebracht: Fakten und Chronik

Am Donnerstag wurde der erste von vier Kühltürmen des AKW Biblis abgerissen - damit endet eine jahrzehntelange Ära der Atomkraft in der Region

BIBLIS. Um 11.29 Uhr fällt der Kühlturm: Der Beton sackt ein, kippt leicht nach links weg und die Betonstruktur fällt in sich zusammen. Eine große Staubwolke zieht nach dem etwa drei Sekunden andauernden Spektakel über die Felder rund um das Atomkraftwerk Biblis. Der rund 80 Meter hohe Turm von Block A ist Geschichte. "Alles ist planmäßig verlaufen - die umliegenden Hochspannungsleitungen und Gebäude wurden nicht beeinträchtigt", vermeldet Alexander Scholl, Sprecher von RWE Nuclear - einer Tochter des Energieriesen RWE, die den Abschied von der Atomenergie im Konzern abwickelt. Um den Turm war eine Sicherheitszone eingerichtet worden. Unter die zahlreichen Journalisten haben sich vereinzelt Anwohner gemischt, RWE-Mitarbeiter haben auf dem Dach gute Plätze, um sich einen guten Blick auf den linken der beiden Kühltürme von Block A zu sichern. Beifall ertönt aber nicht, als der Turm schließlich am Boden liegt.

Konflikt um Entsorgung des AKW-Bauschutts

Der kontrollierte Einsturz des Kühlturms hat lange Vorarbeit erfordert: In den vergangenen Tagen wurden Schlitze in den Beton gehauen, um das Bauwerk zu schwächen. Im unteren Teil des Turms wurden sechs Stützen angebracht, die per ferngesteuerten Baggern am Donnerstagmorgen nach und nach entfernt werden. Lautes Hämmern ist aus dem Inneren zu hören, fünf Stützen werden nach Angaben von Scholl komplett entfernt, bis der Turm endlich nachgibt. Bis zur Stilllegung des AKW im Frühjahr 2011 dienten die Kühltürme dazu, den Rhein an heißen Sommertagen oder Niedrigwasser nicht zu stark mit Wärme zu belasten.

Der Abriss des zweiten Kühlturms von Block A wird nach Ankündigung von RWE voraussichtlich in der zweiten Februarhälfte erfolgen. Die Kühltürme von Block B folgen nach derzeitigem Planungsstand ab 2024 - das umstrittene Industriewerk, das fast 50 Jah-

re das Landschaftsbild im südhessischen Ried geprägt hat, wäre dann Geschichte. "Bis 2032 wollen wir mit dem Rückbau des AKW Biblis fertig sein", kündigt Scholl an.

Bereits seit Sommer 2017 läuft nach der Abschaltung im Jahr 2011 der Rückbau des AKW - bislang allerdings weitestgehend im Inneren und unsichtbar für die Öffentlichkeit - von innen nach außen. Das Atomkraftwerk wird in eine "Rückbau-Fabrik" umfunktioniert, deren einzige Aufgabe eben der Rückbau sämtlicher Anlagen ist. Dort werden beispielsweise die nicht mehr benötigten Reaktordruckbehälter und Dampferzeuger zerlegt und zur Wiederverwertung im Wertstoffkreislauf gereinigt. Nach Angaben des hessischen Umweltministeriums ist Block A seit November 2016 und Block B seit Juni 2019 kernbrennstofffrei. Beim Rückbau des AKW Biblis fallen pro Kühlturm rund 15.000 Tonnen Bauschutt an. Während der Betriebsphase kamen die Kühltürme nicht mit radioaktiver Strahlung in Kontakt. Der Bauschutt soll nach Angaben von RWE aufbereitet werden - die Betonqualität mache es möglich, dass das Material zum größten Teil als Kiesersatz für die Betonproduktion oder als sogenannter Zuschlagstoff in der Zementindustrie wiederverwertet werden könne.

Aktuell noch drei deutsche Atomkraftwerke in Betrieb

Der Rückbau verursacht bereits seit Jahren Konflikte um die Frage, wo der schwach radioaktive Bauschutt aus dem Abbruch entsorgt werden soll. Angestrebt ist zur Vermeidung von Transporten - und auch, weil bundesweit andere Deponien abgesagt haben - eine "ortsnahe" Entsorgung auf der Büttelborner Deponie im Nachbarkreis Groß-Gerau - dagegen gibt es aber lokal Proteste. Bei dem Material aus Biblis handelt es sich um bis zu 3200 Tonnen "nicht gefährliche spezifisch freigebbare mineralische Abfälle", also schwach radioaktive Abfälle, die unter einem Grenzwert von zehn Mi-

krosivert Strahlenbelastung liegen.

Das AKW Biblis wurde nach der Fukushima-Nuklearkatastrophe im März 2011 abgeschaltet - wie alle AKW, die bis einschließlich 1980 in Betrieb gegangen waren. Das betraf auch Brunsbüttel, Isar 1, Neckarwestheim 1, Unterweser und Philippsburg 1. 2011 entschied der Bundestag endgültig das Ende der Atomkraft in Deutschland. Ende 2021 wurden noch die Atomkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf abgeschaltet. Derzeit sind bundesweit insgesamt noch drei AKW in Betrieb: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Sie sollten ursprünglich am 31. Dezember 2022 heruntergefahren werden - aufgrund der Energiekrise werden nach einem Bundestagsbeschluss die drei AKW in einem "befristeten Streckbetrieb" bis längstens 15. April 2023 weiterlaufen. Der Einsatz neuer Brennelemente ist hier aber nicht mehr zulässig.

Biblis war mit einer Gesamtleistung von 2525 Megawatt nach dem bayrischen AKW Gundremmingen das **zweitertragreichste Atomkraftwerk** in Deutschland - damit konnten bis zu sechs Millionen Haushalte versorgt werden.

Die Anlage besteht aus **zwei nahezu baugleichen Druckwasserreaktoren**: Block A ging 1974 ans Netz, Block B 1976. Die ursprünglich geplanten Blöcke C und D wurden nicht mehr realisiert.

Am **16. Juli 1974** wurde in Block A die erste Kettenreaktion eingeleitet und lieferte am 25. August 1974 erstmals Strom ins öffentliche Verbundnetz. **1977** folgt Block B.

2006 wurde in Biblis ein **Zwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe** eingerichtet - es bietet Platz für 135 Castor-Behälter.

2011 musste der Betreiber RWE **nach der Fukushima-Reaktorkatastrophe** gemäß einer Anordnung des Hessischen Umweltministeriums Block A am 18. März herunterfahren, Block B ist wegen einer planmäßigen Revision - bei der die Anlage runter- und wieder hochgefahren wird - bereits vom Netz.

Die **Stilllegungsphase** des AKW Biblis hat mit der Rückbaugenehmigung am 30. März 2017 offiziell begonnen.